

Hier muß ich nun der Staatsregierung, überhaupt den einschlägigen Behörden den Vorwurf machen, daß sie das Material, welches ihr seit Jahren unterbreitet worden ist, ja, ich kann wohl sagen, seit Jahrzehnten unterbreitet worden ist, nicht besser geprüft und benützt haben. Es ist jetzt Mode, über die socialdemokratische Presse vornehm den Stab zu brechen. Man nimmt da einige, willkürlich aus dem Zusammenhange gerissene Stellen — und die Sache ist den Herren sehr leicht gemacht, da ein Herr Pastor Schuster ja eine erbauliche Blumenlese veröffentlicht hat —, man reißt ein paar Kraftstellen heraus und verurtheilt dann die ganze socialdemokratische Presse in Bausch und Bogen als eine Schimpfpresse, als eine Schandpresse. Nun, meine Herren, das ist ein billiges Vergnügen. Wenn Sie jedoch diese Presse etwas genauer studirten, würden Sie finden, daß nebst vielem andern Guten darin eine Summe von außerordentlich werthvollem Material für die Herren Gesetzgeber niedergelegt ist. Und was insbesondere die Frage der Knappschaftscasse betrifft, so bin ich überzeugt, wenn das Material, welches im „Demokratischen Wochenblatt“, „Volkstaat“, „Vorwärts“ veröffentlicht ist, jedem der Herren zugänglich wäre, so würden Sie Alle sich sehr wundern, daß die Staatsregierung bisher noch nicht eingeschritten ist. Denn der Fall, der uns in dieser Petition vorliegt, ist ein typischer Fall. Er hat sich 10, 20, 100 Mal wiederholt; nach jeder Wahl, nach jedem öffentlichen Hervortreten der armen Bergarbeiter, nach jedem Zwiste, den sie über ihren Lohn, über ihre Behandlung u. s. w. mit den Bergwerkseignern haben, erfolgen Entlassungen. Und der Entlassene verliert all' seine Ansprüche an die Casse, alle Einzahlungen sind für ihn verwirrt und er hat obendrein noch die mathematische Gewißheit, daß er in einem andern Werk keine Arbeit mehr findet. Vorschläge, wie diesem Unwesen abzuhelfen sei, sind gemacht worden, sind Duzend und Duzende Mal gemacht worden — immer umsonst. Da kommt man und sagt: „Die Socialdemokraten können keine positiven Vorschläge machen, sie können bloß negiren und raisonniren.“ Ja, lesen Sie doch einmal die genannten Zeitungen, in ihnen finden Sie positive Vorschläge — Vorschläge, zu denen Sie genöthigt sein werden, schließlich doch zu greifen, jetzt nach vielleicht 10, 15 Jahren. Sie werden allerdings an diesen Vorschlägen Manches anzusehen finden; aber es ist absolut nothwendig, daß Etwas geschieht. Die Prüfung des Materials wird Sie zwingen, uns Recht zu geben. Damit Sie sich nun gründlich über den Sachverhalt informiren, halte ich es für unerlässlich, daß die Staatsregierung bei der Enquête, die sie angeordnet hat, auch Bergarbeiter zuzieht und daß sie namentlich, wie das bei derartigen Enquêtes in England der Fall ist, gerade diejenigen Arbeiter zuzieht, von welchen die Beschwerden ausgegangen

sind und ein unabhängiges Urtheil zu erwarten ist. Die Staatsregierung ist hierzu meiner Ansicht nach um so mehr verpflichtet, als die drei Männer, deren Petition uns vorliegt, deshalb gemahregelt worden sind, weil sie sich bemüht haben, der Staatsregierung ein klares Bild über das Knappschaftscassenwesen und die auf diesem Gebiet vorhandenen Mißbräuche zu entrollen. Die Staatsregierung hat unter diesen Umständen den Gemahregelten gegenüber ganz besondere Verpflichtungen. Sie hat die Leute nicht bloß zu schützen, sondern muß auch ihren Beschwerden, die durch die Maßregelung eine so eclatante Bestätigung erhalten haben, ein aufmerksames Ohr leihen, als vor der Maßregelung geschehen ist. Freilich wird die Staatsregierung dadurch in eine schiefe Lage gerathen, die Herren Grubenbesitzer werden einfach sagen: wir haben die Arbeiter entlassen, gut! wir haben das Recht, sie zu entlassen; ihre agitatorische Thätigkeit hat uns nicht gefallen und damit Basta. Hat die Regierung es etwa anders gemacht? Hat nicht der Herr Staatsminister selbst offen im Reichstage erklärt: ich vertrete es und halte es für durchaus gerechtfertigt, daß aus den Staatswerkstätten zu Chemnitz ein Arbeiter seiner politischen Gesinnung wegen entlassen worden ist? Was dem Einen recht ist, ist dem Andern billig. Durch diese von der Tribüne des Reichstags abgegebene Erklärung sind allerdings dem Herrn Staatsminister den Bergwerksbesitzern gegenüber die Hände gebunden worden. Wenn es in den obersten Kreisen für erlaubt gilt, daß man Menschen wegen ihrer politischen Gesinnung mahregelt und außer Brod setzt, wenn dies von dem ersten Minister des Landes sogar als ein staatsrettender Grundsatz ausgesprochen wird, dann kann man sich wahrhaftig nicht wundern, wenn von Grubenbesitzern so verfahren wird, wie wir hier sehen; das Beispiel von oben findet unten nur zu willige Nachahmung. Wie der Herr, so der Knecht.

Nun, meine Herren, das sind abscheuliche Zustände, an denen das Staatsministerium ganz wesentlich Schuld trägt. Es hat die Beschwerden nicht beachtet, die von den Bergarbeitern seit jetzt vollen 17 Jahren, ja gar seit 18 Jahren — im Jahre 1863 begann die erste öffentliche Agitation, um den Mißständen, welche in dieser Petition gerügt werden, entgegenzutreten — erhoben werden, nachdrücklich und gestützt auf ein reiches Material erhoben werden. Und, wie schon gesagt, die Beschwerdeführer beschränkten sich keineswegs auf Klagen und Kritiksiren — nein, sie kamen auch mit ganz positiven Vorschlägen. In dieser langen Zeit ist von den Bergarbeitern Alles aufgeboten worden, um die Regierung aufzuklären und zur Abhilfe zu veranlassen. Selten der Regierung ist aber nicht das Geringste geschehen. Dies darf nicht so fortgehen. Es ist nothwendig, daß jetzt in energischer Weise eingeschritten werde.